

Leseprobe aus:



KRIEGS SPLITTER

DIE EVOLUTION DER GEWALT
IM 20. UND 21. JAHRHUNDERT

ISBN: 978-3-499-63097-2

Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf rowohlt.de.

Die beiden Weltkriege haben den politischen Globus geprägt – aber das Wesen von Krieg und Gewalt selbst hat sich seither gewandelt.

Herfried Münkler zeichnet diese kulturelle wie politische Evolution nach: So begünstigte gerade das Verschwinden von Imperien neue, endlose Kleinkriege – die teilkollabierten Gebiete im Nahen Osten etwa gründen auf dem Machtvakuum, das das untergegangene Osmanische Reich hinterließ. Die Soldaten solcher Konflikte sind heute weniger in Armeen als in kleinen Trupps formiert, deren brutalste Spielart der terroristische Einzelkämpfer ist. Auch die geopolitischen Konfliktlinien verlaufen nur noch selten entlang physischer Grenzen, sondern vielmehr zwischen konkurrierenden Werten, zwischen Demagogie und Aufklärung, Arm und Reich, zwischen Datenschutz und Datenspionage in künftigen Cyberkriegen. Nicht zuletzt aus diesen Gründen plädiert Herfried Münkler, der sich einmal mehr als ein Meister der Zeitdiagnostik erweist, vehement für eine echte geopolitische Strategie des Westens.

Ein Buch, das uns die neuen Formen der Gewalt und die Welt von heute besser begreifen lässt.

HERFRIED MÜNKLER, geboren 1951, ist Professor für Politikwissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität und Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Mehrere seiner Bücher gelten mittlerweile als Standardwerke, etwa «Die neuen Kriege» (2002), «Imperien» (2005) und «Die Deutschen und ihre Mythen» (2009), das mit dem Preis der Leipziger Buchmesse ausgezeichnet wurde. Herfried Münklers vielgelobte Darstellung des Ersten Weltkriegs, «Der Große Krieg» (2013), wurde zum Bestseller.

Herfried Münkler

Kriegssplitter

Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert

Rowohlt Taschenbuch Verlag

Veröffentlicht im Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg, Januar 2017

Copyright © 2015 by Rowohlt · Berlin Verlag GmbH, Berlin

Umschlaggestaltung ZERO Werbeagentur,

München, nach einem Entwurf von Frank Ortman

Umschlagabbildung Los Alamos National

Laboratory / Time & Life Pictures / Getty Images

Satz aus der Plantin, InDesign,

bei Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Druck und Bindung CPI books GmbH, Leck, Germany

ISBN 978 3 499 63097 2

Inhalt

Inhalt

Einleitung

Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert

Teil I

Die großen Kriege des 20. Jahrhunderts

Teil II

Die postheroische Gesellschaft und das Kriegerethos

Teil III

Klassische Geopolitik, neue Raumvorstellungen und hybride Kriege

Literaturverzeichnis

Danksagung

Einleitung

Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert

Die Angst vor einem großen Krieg ist nach Europa zurückgekehrt; die Ursache dafür sind weniger der nun schon seit Jahren andauernde Bürgerkrieg in Syrien und die zeitweilig überraschenden Erfolge der Milizen des Islamischen Staats in der Levante, sondern vor allem das aggressive Agieren Russlands gegen die Ukraine, nachdem diese sich zu Beginn des Jahres 2014 in einem Umsturz aus dem Gefolgschaftsverhältnis zu Russland gelöst hat. Sobald Russland im Spiel ist, werden Erinnerungen an den Ost-West-Konflikt und die einstigen Empfindungen des Bedrohtseins wach. Das macht den Unterschied zu dem sehr viel blutigeren und grausameren Bürgerkrieg in Syrien aus. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und der von Russland massiv unterstützte Separatistenkrieg im Donbass haben die Zuversicht, dass es in Europa keine Kriege mehr geben werde, schwer gedämpft. Jedenfalls ist die mehr als zwei Jahrzehnte umfassende Zeitspanne, während der sich in Europa die Friedensdividende unbesorgt konsumieren ließ, vorerst zu Ende gegangen, und keiner kann sagen, ob sie jemals in dieser Form wieder zu haben sein wird.

Das Ende der sicherheitspolitischen Unbesorgtheit ist mit einer Revitalisierung von Politiktheorien verbunden, deren Zeit kurz davor noch abgelaufen zu sein schien: Theorien über die Konkurrenz der großen Mächte, Modelle ihrer Fähigkeit, Macht zu projizieren, dazu Vorstellungen von Einflusszonen und Konzepte der Geopolitik. Vor allem mit den skizzierten Befürchtungen und Ängsten hat sich das bis vor kurzem noch als vergangen angesehene 20. Jahrhundert wieder bemerkbar gemacht: In Frage steht, ob es, wie einige Historiker meinten, tatsächlich «das kurze 20. Jahrhundert» gewesen ist, es also als zusammengehörige Epoche von 1914 bis 1989/90 gesehen werden kann. Die von dem Krieg in der Ostukraine ausgehende Sorge gipfelt in der Befürchtung, dass das Ende der Ost-West-Konfrontation doch nicht der Anbruch einer Ära verlässlichen Friedens in Europa war, sondern wir nun in Konstellatio-

nen hineingeraten, in denen sich die Gewalt von der europäischen Peripherie her allmählich ins Zentrum hineinfrisst.

Die enttäuschte Erwartung, dass es eine Ära verlässlichen Friedens geben werde, hat sich freilich auf eine bemerkenswert eurozentrische Weltwahrnehmung gestützt – nach 1989/90 hatten die Kriege weltweit ja keineswegs aufgehört. Im Gegenteil: Zahlenmäßig haben sie im globalen Rahmen zeitweilig sogar zugenommen, und ihre Intensität war des Öfteren größer als die der vorangegangenen Stellvertreterkriege zwischen Ost und West – zumal dann, wenn man die Exzesse des Tötens in Ruanda und im Ostkongo als Kriege begreift. Der Völkermord in Ruanda etwa hatte eine größere Gewaltintensität als schrecklichste Kriege, und der Konflikt im Ostkongo ist mit viereinhalb Millionen Toten der mit der höchsten Opferzahl seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Auch der Krieg in Afghanistan, der bis zum Abzug der Roten Armee vom Hindukusch als einer der vielen Stellvertreterkriege des Kalten Krieges geführt worden ist,¹ ging 1989/90 nicht wirklich zu Ende; er wurde unter veränderten Bedingungen weitergeführt, zeitweise auch mit deutscher Beteiligung, mit der Folge, dass sich die deutschen Streitkräfte strukturell tiefgreifend transformiert haben. Aber dieser Krieg in Afghanistan wurde, sieht man von den Erregungsphasen nach Anschlägen auf Bundeswehrsoldaten einmal ab, hierzulande zu keinem wirklichen Thema im öffentlichen Diskurs. Dafür war Afghanistan geographisch zu weit entfernt; es herrschte die Auffassung vor, wenn man die Truppen von dort abziehe, sei das Problem «für uns» gelöst. Dass Deutschland auch am Hindukusch verteidigt werde, wie es der damalige Verteidigungsminister Peter Struck einmal formulierte, wollte ohnehin kaum einer so recht einsehen. Unausgesprochen stand im Hintergrund die Vorstellung, wenn sich der Westen aus den Konflikten in aller Welt entschlossen heraushalte, würden sich diese nach einiger Zeit schon von selbst regeln.

Die verschärfte Variante einer Weltsicht, wonach nicht Eingreifen, sondern Heraushalten und Zuwarten der Schlüssel zum Friedlicherwerden der Welt seien, besteht in der Auffassung, dass fast alle Kriege eine Folge der US-amerikanischen Interventionspolitik seien; dem liegt die stillschweigende Annahme zugrunde, dass es überall eine starke Präfe-

renz für den Frieden gebe und vorhandene Konflikte friedlich beigelegt werden könnten, wenn die USA sich nicht in alles einmischen würden. Das war und ist jenseits der unterschiedlichen Bewertungen dieser Kriege durch die politischen Positionen die vorherrschende Sichtweise einer postheroischen Gesellschaft, die ihre eigenen Dispositionen generalisiert und sie anschließend als gleichsam natürliches Verhalten der Menschen begreift. Frei nach Hegel: Wer die Welt durch die Brille des Postheroischen anschaut, den lächelt sie auch friedlich an. Wer die Welt dagegen aus einer notorisch belligerenten Grundhaltung heraus betrachtet, der sieht sie mit Kriegen und kriegerischen Konflikten übersät, in die man umgehend eingreifen müsse, um sie zu beenden und Ordnung zu schaffen.

So einfach ist es nicht, und deshalb soll hier eine andere, eine dritte Auffassung entwickelt werden, wonach die Entstehung postheroischer Dispositionen an gesellschaftlichen Voraussetzungen hängt, die politisch nur sehr begrenzt beeinflussbar sind.² Die Beobachtungen, die wir bezüglich unserer selbst machen, sind deshalb auch nicht generalisierbar; vielmehr lassen sich in anderen Weltregionen starke Gruppen identifizieren, die Krieg wollen, weil sie davon profitieren. Das ist eines der zentralen Elemente in der Theorie der Neuen Kriege. Die Neuen Kriege, so eine der Beobachtungen, enden darum zumeist nicht von selbst, sondern es bedarf dazu eines Dritten, der entweder als Vermittler oder als Friedenserzwinger auftritt. Die Theorie der Neuen Kriege widerspricht darin den Grundüberzeugungen der postheroischen Gesellschaft, und das ist sicherlich einer der Gründe, warum sie so kontrovers diskutiert worden ist.³

Ist also alles nur eine Frage der Perspektive, wie der Kulturwissenschaftler Bernd Hüppauf meint?⁴ Ja und nein. Tatsächlich konnte sich die Vorstellung von einer mehr als zwanzigjährigen Friedensperiode in Europa nur entwickeln und durchsetzen, weil die jugoslawischen Zerfallskriege der neunziger Jahre mit über zweihunderttausend Toten im übrigen Europa schlichtweg verdrängt wurden. Zwar hat der Balkan für die europäische Identität stets eine eher randständige Rolle gespielt, aber dass er in Europa liegt und zur europäischen Geschichte gehört, lässt sich wohl kaum bestreiten. Zeitweilig hat das Entsetzen über die

Grausamkeiten und Gewaltexzesse gegen die Zivilbevölkerung in Bosnien die europäische Öffentlichkeit durchaus beschäftigt. Das von serbischem Militär und Freiwilligenverbänden an Bosniern verübte Massaker von Srebrenica wurde zum Symbol für das Scheitern der UN-Politik auf dem Balkan und zu einer Blamage der Europäischen Union, die nicht in der Lage war, unmittelbar «vor ihrer Haustür» für Frieden und die Einhaltung der Menschenrechte zu sorgen.⁵ Erst das massive Eingreifen des US-amerikanischen Militärs hat die Kriege in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo dann beendet beziehungsweise die Bereitschaft erzwungen, diese zu beenden.

Vermutlich hat all dies – die europäische Blamage, das Scheitern der Vereinten Nationen und schließlich der Einsatz der US-Luftwaffe – dazu geführt, dass die jugoslawischen Zerfallskriege aus dem kollektiven Gedächtnis der Europäer sehr schnell verschwunden sind beziehungsweise verdrängt wurden. Solches Vergessen und Verdrängen ist weder neu noch überraschend: Die Konstruktion einer Epoche als einer durch bestimmte Merkmale gekennzeichneten Zeitspanne beruht fast immer auf der Ausblendung dessen, was nicht in das Epochenbild passt, das man entworfen hat oder entwerfen will. Das gehört zu den Strategien, mit denen wir uns Orientierung und Gewissheit in der politischen Welt verschaffen. Gelegentlich wird die so vorgenommene Komplexitätsreduktion aber auch zum Selbstbetrug. Bei der friedenspolitischen Selbstbeschreibung der Europäer und ihrer geschichtspolitischen Fixierung auf die beiden Weltkriege könnte das der Fall sein. Umso wichtiger sind eine nüchterne Bestandsaufnahme des Kriegsgeschehens seit dem Ende der achtziger Jahre und ein kritischer Blick auf die Zeit zwischen 1914 und 1945 in europäischer wie in globaler Hinsicht. Beides soll hier versucht werden. Dabei kommt dem Ersten Weltkrieg als «Epochenzäsur» eine besondere Bedeutung zu. Demgemäß wird er hier auch häufiger und intensiver thematisiert als der Zweite Weltkrieg.

Bei einer historisch informierten Betrachtung der Kriege an der europäischen Peripherie fällt auf, was die jugoslawischen Zerfallskriege, die Kriege im Kaukasus von Tschetschenien bis Georgien und den jetzigen Krieg in der Ostukraine verbindet: Sie finden alle in einem post-imperialen Raum statt, der aus dem Zerfall der alten Großreiche Mittel-

und Osteuropas, dem Habsburgerreich und dem russischen Zarenreich, hervorgegangen ist und in dem es nicht zu einer konsolidierten Nationalstaatsbildung gekommen ist. Vielmehr entstanden hier erneut multiethnische und multireligiöse «Reiche», im einen Fall Sowjetrußland beziehungsweise seit 1924 die Sowjetunion und im anderen Fall das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen beziehungsweise nach dem Zweiten Weltkrieg die Bundesrepublik Jugoslawien, denen es über längere Zeit gelang, die ethnischen und religiösen Konflikte zu dämpfen, nicht aber sie zu beseitigen. So tauchten sie mit dem Zerfall der «Reiche» wieder auf oder trugen zu deren Zerfall bei. Letzten Endes gehört auch die Ukraine in diesen Raum; ihr ist es nach 1991 nicht gelungen, eine erfolgreiche Nationenbildung zu durchlaufen, sondern die ethnisch, konfessionell und nicht zuletzt auch lingual zentrifugalen Kräfte wurden zum Ansatzpunkt eines separatistischen Bürgerkriegs, der Rußland die Gelegenheit zur Realisierung geopolitischer Projekte (Krim) bot. Wer die historische Tiefe dieses Krisen- und Kriegsraums vom mittleren Balkan bis zum Kaspischen Meer ausloten will, stößt zwangsläufig auf die Ergebnisse und Folgen des Ersten Weltkriegs. Das gilt im Übrigen in ähnlicher Weise auch für die Kriege in dem zweiten postimperialen Raum an der europäischen Peripherie, nämlich dem zwischen Syrien und dem Irak, zwischen Libyen und dem Jemen.

Es geht in diesem Buch jedoch nicht um eine Gesamtdarstellung der Kriegsgeschichte der letzten hundert Jahre auf der Grundlage einer ordnenden These; vielmehr werden widersprüchliche Entwicklungen beobachtet, die einerseits Zonen eines stabilen Friedens hervorgebracht und andererseits zur Entstehung eines den Globus umspannenden «Gürtels» diffuser Kriege geführt haben – eines Kriegsgürtels, der von Südamerika (dort vor allem Kolumbien) über Afrika (von Mali und Nigeria bis nach Somalia) reicht, dann sich über große Teile der arabischen Welt (über den Jemen und Syrien, den Irak und Libyen) nach Norden spannt und vom augenblicklich pazifizierten mittleren Balkan über die Schwarzmeerregion bis zum Kaukasus erstreckt, der Afghanistan und Pakistan umfasst und in der südostasiatischen Inselwelt allmählich zerfasert. Von *hybriden Kriegen* ist die Rede, weil diese Kriege sich dem bi-

nären Ordnungssystem entziehen, wie es im Europa der Frühen Neuzeit von der spanischen Völkerrechtsschule und dem Niederländer Hugo Grotius entwickelt worden ist: Dieses System der binären Begrifflichkeit hatte durch die Kontrastierung zweier Konstellationen – bei prinzipieller Ausschließung einer dritten – Ordnung hergestellt: Krieg *oder* Frieden, Staatenkrieg *oder* Bürgerkrieg, Kombattanten *oder* Nonkombattanten – ein Drittes gibt es nicht. Und tatsächlich hat die Ordnung der völkerrechtlichen Begriffe in ihrer strukturierenden Übersichtlichkeit auf die politische Ordnung eingewirkt und dafür gesorgt, dass man diese an der Vorgabe der Begriffe ausgerichtet hat.

Die hybriden Kriege sind hingegen dadurch gekennzeichnet, dass das binäre Ordnungssystem auf sie nicht angewandt werden kann und in ihnen auch keine Rolle spielt: Zwar sind es zumeist innergesellschaftliche Kriege, um die es dabei geht, freilich Kriege mit einer starken Tendenz zur Grenzüberschreitung, und wenn sich daraus keine zwischenstaatlichen Kriege entwickeln, so liegt das zumeist daran, dass die Staaten, in denen solche Kriege wüten, *failed* beziehungsweise *failing states* sind, die zur Führung zwischenstaatlicher Kriege nicht in der Lage sind. Aufgrund ihres grenzüberschreitenden Charakters, der häufig mit den kolonialen Grenzziehungen zu tun hat, die quer durch die Stammesgebiete verlaufen, spricht man auch von *transnationalen Kriegen*, die ein Mittleres zwischen Staaten- und Bürgerkriegen oder, vielleicht präziser, eine Mischform aus beidem darstellen. Das ordnungsschaffende *tertium non datur* der binären Struktur ist aus diesen Kriegen somit verschwunden; sie werden zu einer Herausforderung der Weltordnung, weil sie deren grundlegende Prinzipien in Frage stellen.

Das gilt ebenfalls für die binäre Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden, bei der die Grenzüberschreitung durch Rechtsakte – Kriegserklärung und Friedensschluss – geregelt war. Dadurch war eindeutig, in welchem der beiden politischen Aggregatzustände man sich befand: im Krieg oder im Frieden, und welche Handlungen infolgedessen zulässig und welche verboten waren. Das ist bei den Neuen Kriegen nicht der Fall: Es gibt weder Kriegserklärung noch Friedensschluss, dafür immer wieder Erklärungen und Abkommen, mit denen die Gewaltanwendung zeitweilig ausgesetzt oder reduziert wird, um dann doch wieder zu es-

kalieren. Es ist schwierig, genau festzulegen, wann einer dieser Kriege begonnen hat, und noch schwieriger ist es, ihn zu beenden oder auch nur sein definitives Ende zu konstatieren. Man weiß nicht, woran man ist. Eine Folge dessen ist, dass man nicht mit Sicherheit sagen kann, mit wem man es zu tun hat: mit einer Kriegs- oder mit einer Friedenspartei.

Um es zu konkretisieren: Die Europäer haben im Ukrainekrieg wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland verhängt, weil sie zu dem Ergebnis gekommen sind, dass es sich bei der russischen Regierung um eine Kriegspartei handelt; gleichzeitig hat sich die russische Seite selbst jedoch als Friedensakteur präsentiert, der auf beide Konfliktparteien besänftigend einzuwirken versuche. Nun muss man das nicht glauben, und es gibt hinreichend Belege dafür, dass das auch nicht der Fall war. Um den Krieg indes zu beenden beziehungsweise den offenen Krieg in einen eingefrorenen Konflikt zu verwandeln, haben die Europäer die Russen beim Wort nehmen müssen und sie in den Minsker Verhandlungen behandelt, *als ob* sie eine Friedenspartei wären. Darin hat sich in anderer Weise wiederholt, was Regierungen von Ländern verschiedentlich tun, wenn sie mit Partisanengruppen, Rebellenorganisationen oder Terrornetzwerken, denen sie eigentlich die politische Anerkennung verweigern, Verhandlungen aufnehmen – und ihnen durch diese Verhandlungen die gerade erst verweigerte Anerkennung erteilen. Der Krieg in der Ostukraine ist so geführt worden, dass solche Verhandlungen möglich und erforderlich waren; in jedem Fall aber handelt es sich dabei um einen Zustand zwischen offenem Krieg und fortbestehendem Frieden, weshalb man auch von einem hybriden Krieg spricht. Der Begriff steht hier für die Außerkraftsetzung der durch binäre Begriffe geschaffenen Ordnung von Krieg und Frieden.

Die Binarität der Begriffe, Rechtszustände und politischen Konstellationen hat in Europa nicht nur eine politische Ordnung geschaffen, sondern auch die Evolution der Gewalt gesteuert. Sie hat dazu beigetragen, dass die Herstellung von Kriegführungsfähigkeit immer teurer wurde, was zur Folge hatte, dass gleichzeitig die Zahl der kriegführungsfähigen Akteure immer kleiner wurde: Von den Städten und Adelsverbänden ging sie am Ende des Mittelalters und zu Beginn der Neuzeit auf die Territorialstaaten über, von diesen sodann auf die Bündnissysteme

der großen Mächte, bis zuletzt in der Zeit der Ost-West-Konfrontation nur noch zwei Supermächte gemeinsam mit ihren jeweiligen Verbündeten in der Lage waren, einen großen Krieg zu führen.⁶ Dieser Krieg wäre freilich, wenn er geführt worden wäre, mit dem Ende der menschlichen Zivilisation gleichbedeutend gewesen.

Das war eine Konstellation, aus der eine doppelte Evolutionsperspektive erwuchs: in der nördlichen Hemisphäre die Idee von der dauerhaften Sicherung eines globalen Friedens, jedenfalls eines politischen Ordnungszustands, in dem es keine zwischenstaatlichen Kriege mehr gibt und militärische Gewalt nur noch zum Zwecke der Beendigung von Gewaltexzessen eingesetzt wird – wo auch immer auf dem Erdball. Diese Richtung der Gewaltelevolution verband sich bei den meisten europäischen Staaten mit dem Projekt, die Vereinten Nationen zu stärken und sie mit dem Auftrag zu versehen, aus dem Militär eine globale Polizei zu machen. Im Anschluss an den Militärsoziologen Morris Janowitz nenne ich das die *Konstabularisierungsperspektive*.⁷ Die andere Evolutionsrichtung der Gewalt seit der drohenden Selbstausschöpfung der Menschheit bei Führung eines großen (nuklearen) Krieges ist die Aufrechterhaltung von Kriegsführungsfähigkeit in Form von kleinen Kriegen, sogenannten *low intensity wars*; in diesen nehmen substaatliche Akteure das Heft des Handelns in die Hand, und die Staaten verlieren das Monopol der Kriegsführungsfähigkeit. Der Kriegs- und Militärhistoriker Martin van Creveld hat diese Evolution der Kriege als für das 21. Jahrhundert dominant bezeichnet.⁸

Beide Entwicklungsprognosen, die auf den ersten Blick in unterschiedliche Richtung weisen und als einander entgegengesetzt angesehen werden können, passen letztlich doch gut zusammen, jedenfalls dann, wenn man die *low intensity wars* als *challenge* und das konstabularisierte Militär als *response* ansieht. Das aber heißt, dass die Vorstellungen von Verbrechen und Krieg, die voneinander separiert und gegeneinander konturiert zu haben eine der Leistungen des europäischen Kriegsvölkerrechts war, zunehmend ineinanderfließen und an ihre Stelle die Unterscheidung zwischen einem schurkenhaften und einem Ordnung schaffenden Gebrauch der Kriegsgewalt tritt. Man kann eine solche Entwicklung in der Rhetorik amerikanischer Politiker beobachten,

in der diejenigen, gegen die das US-Militär in Marsch gesetzt wird, als «Schurken» oder «Achse des Bösen» firmieren.⁹ Die offene Frage dabei ist, wer über den Begriff des «Schurken» verfügt, wer also *das Recht* beziehungsweise *die Stärke* besitzt, andere politische Akteure als «Schurken» einzustufen und nach den Vorgaben des Kriminalitätsparadigmas gegen sie Krieg zu führen.

Das Problem bei der Ersetzung des Kriegs- durch das Kriminalitätsparadigma besteht darin, dass Recht und Stärke nicht in derselben Rechnung aufgehen; die Beauftragung der Vereinten Nationen, konkret: des Sicherheitsrats, darüber zu entscheiden, wer ein Schurke ist und wie gegen ihn vorgegangen wird, endet entweder in einer Selbstblockade des Sicherheitsrats, weil eine der fünf Vetomächte die Entscheidung blockiert – oder aber der Schurkencharakter eines Staates oder einer politischen Gruppierung wird konsensuell festgestellt, es findet sich jedoch keiner, der die Polizeiaufgabe übernimmt, weil er damit keinen ihm allein zufallenden Nutzen verbindet. Alternativ dazu ist eine Rhetorik der politisch Starken vorstellbar, die alle, die ihnen im Weg stehen oder missliebig sind, nach ihrem Gutdünken als Schurken bezeichnen und mit dieser «Legitimation» im Rücken gegen die so Bezeichneten Krieg führen und diesen Krieg als Kriminalitätsbekämpfung ausgeben. In der Politik der USA lassen sich während der letzten zwei, drei Jahrzehnte Indikatoren für eine solche Entwicklung ausmachen. Sicher ist jedenfalls, dass die herkömmliche Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden zunehmend verwischt wird. Von den Wohlstandszonen des Nordens aus werden immer wieder polizeiförmige Militäroperationen an der Peripherie durchgeführt – so wie umgekehrt von den Krisenzonen und Kriegsräumen an der Peripherie aus gelegentlich Angriffsoperationen in die Wohlstandszonen hinein erfolgen – zumeist in Form von Terroranschlägen.

Es gibt also eine Reihe von Indikatoren, die nahelegen, dass die Ära des klassischen Staatenkrieges zu Ende geht oder bereits zu Ende gegangen ist. Im historischen Rückblick hat es den Anschein, als seien die beiden Weltkriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die letzten großen Kriege dieses Typs gewesen, wobei beide bereits mit Elementen des innergesellschaftlichen Krieges verbunden waren: im Ers-

ten Weltkrieg eher dadurch, dass auf den zwischenstaatlichen Krieg, der die Ordnung vieler Staaten bis ins Zentrum hinein erschüttert hatte, eine Reihe von innergesellschaftlichen Kriegen folgte, von denen der russische Bürgerkrieg zwischen 1918 und 1922 nicht nur der härteste und grausamste,¹⁰ sondern auch der politisch folgenreichste gewesen ist. Im Zweiten Weltkrieg sind innergesellschaftliche Kriege in vielen Regionen zeitgleich mit dem zwischenstaatlichen Krieg geführt worden, und diese Gleichzeitigkeit hat – neben dem Umstand, dass der Krieg seitens der Deutschen im Osten als Weltanschauungskrieg geführt wurde – zu einer beispiellosen Intensivierung der Gewalt beigetragen. Das ändert jedoch nichts daran, dass auch der Zweite Weltkrieg von seiner Form her ein zwischenstaatlicher Krieg war, was noch einmal daran deutlich wird, wie er beendet wurde: durch die Unterzeichnung von Kapitulationsurkunden. Zudem hat sich durch die Steigerung der Zerstörungssintensität erwiesen, dass der Krieg als Austragungsmodus konträrer politischer Vorstellungen in bislang ungekannter Weise selbstzerstörerisch wirkte. Eigentlich hatte sich das bereits im Ersten Weltkrieg gezeigt, und der forcierte Friedenswille der zwanziger Jahre war der politische Ausdruck dessen. Dann aber haben die totalitären Ideologien den Krieg noch einmal als Mittel ins Spiel gebracht, um «Wahrheiten» durchzusetzen, Territorien zu erobern und Gesellschaften zu transformieren. Der Ausgang des Zweiten Weltkriegs steht auch für das Scheitern dieser totalitären Kriegsvorstellung, und das gilt mit Abstrichen auch für die Sowjetunion, die zwar Territorium erobert hat, bei der Durchsetzung ihrer «Wahrheit» jedoch ebenso steckengeblieben ist wie bei der Transformation der Gesellschaft und der Schaffung eines neuen Menschen.

Aber damit ist der Krieg nicht verschwunden, sondern er hat sich gewandelt und eine neue Gestalt angenommen. Dieser Gestaltwandel wird im Buch eingehend behandelt. Zuvor jedoch soll es um den Ersten Weltkrieg und dessen «Ort» in der Geschichte des Krieges, aber auch in der Gesellschaftsentwicklung gehen – sowie um die Frage, ob der Zweite Weltkrieg ein «Weltordnungskrieg» gewesen ist. Das ist auch eine der leitenden Fragestellungen für den Teil des Buches, der sich den Neuen Kriegen, der «Kriegführung» mit Kampfdrohnen, den jüngsten Kriegen in der Ostukraine sowie in Syrien und im Nordirak widmet. Weil nicht

nur bei der Festlegung von Kriegszwecken, sondern auch bei der Vermeidung und Verhinderung von Kriegen geopolitische Fragen eine herausgehobene Rolle spielen, geht es am Schluss um veränderte Raumvorstellungen der Politik, in denen Territorien und Grenzen an Relevanz verloren haben und Strömungskontrolle zum zentralen Imperativ geworden ist. Diese veränderte Vorstellung vom Raum und der Kontrolle (anstatt Beherrschung) des Raumes dürfte sich, so die These dieses Teils des Buchs, in den kommenden Jahrzehnten auch auf die Art des Krieges auswirken.

Teil I

Die großen Kriege des 20. Jahrhunderts

1. Der Sommer 1914 als weltgeschichtliche Zäsur

Wer sich an der Vergangenheit orientiert, um sich in seiner Gegenwart zurechtzufinden, kommt nicht ohne historische Interpunktionen aus: Man sucht nach Einschnitten in der Zeit, durch die sich Epochen voneinander trennen lassen, Neues gegen Altes abgegrenzt werden kann. Sicherlich gibt es fließende Übergänge, bei denen die Zeitgenossen gar nicht merken, dass sich etwas grundlegend verändert hat; wirklich sinnföällig sind nur die Zäsuren, die sich mit einem einschneidenden Ereignis oder einem Epochenjahr verbinden. 1945, das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Teilung Europas zwischen Ost und West, war ein solches Epochenjahr; 1989, der Fall der Mauer, der Zusammenbruch des Ostblocks und das Ende des Kalten Krieges, war ein weiteres. Aber war 1914, der Beginn des Ersten Weltkriegs, auch ein Epochenjahr?

Es gibt einige, die das bezweifeln und stattdessen die weltgeschichtliche Zäsur auf das Jahr 1917 datieren, das Jahr, in dem die USA in den großen europäischen Krieg eintraten, während gleichzeitig in Russland zwei Revolutionen stattfanden, deren zweite die weltpolitische Agenda für sieben Jahrzehnte grundlegend verändern sollte.¹¹ Der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, die der eigentliche Sieger im Ersten Weltkrieg waren – insofern es ihnen als einziger der am Krieg beteiligten Großmächte gelang, aus dem militärischen Sieg politische Macht und ökonomische Prosperität zu schlagen –, hat die Dominanz und Vorherrschaft Europas beendet. Und der Sieg der Bolschewiki in Moskau und Petrograd leitete eine Epoche der revolutionären Heilserwartung ein, in der sich die Politiker und die politischen Intellektuellen mehr denn je zuvor als Verfasser von Zukunftsentwürfen begriffen, als die alles entscheidenden Gestalter des individuellen wie gesellschaftlichen Lebens. Diese Epoche endete, als sich die zähe Macht der Verhältnisse dem gestalterischen Elan der politischen Avantgarden endgültig als überlegen erwies. Die Avantgarden hatten von der Schaffung einer neuen Welt und eines neuen Menschen geträumt.¹² Die Künstler, die Maler und Bildhauer, Lyriker und Schriftsteller, haben diesen Traum verwirklicht: Sie schufen

ein neues Bild der Welt und des Menschen. Aber die sozialen und politischen Avantgarden sind gescheitert. Der Sowjetkommunismus und seine Filiationen in Ostasien, Lateinamerika und im subsaharischen Afrika haben gewaltige Energien mobilisiert – und zumeist nur ausgebrannte, erschöpfte Gesellschaften zurückgelassen.

Sollten wir darum nicht doch den Sommer 1914 als das Ende des alten Europa und das Jahr 1917 als Beginn einer neuen Epoche in der Weltgeschichte begreifen? Die Zäsur, die der Erste Weltkrieg in der Geschichte darstellt, wäre dann nicht ausschließlich auf seinen Beginn zu datieren, sondern würde sich über seinen gesamten Verlauf erstrecken, und dabei würde die Eskalation der Gewalt eine ausschlaggebende Rolle spielen. Das ist für große, einschneidende Kriege typisch: dass bei ihrem Beginn nicht abzusehen ist, wie lange sie dauern und welche langfristigen Folgen sie haben werden. Das war bei der Rebellion der böhmischen Stände gegen die kaiserlichen Statthalter in der Prager Burg im Jahre 1618 so, also bei Beginn des Dreißigjährigen Krieges, und das gilt auch für die Intervention der preußischen und österreichischen Heere gegen das revolutionäre Frankreich, der dann mehr als zwei Jahrzehnte lang immer neue Kriegszüge folgten – danach waren die politischen Verhältnisse in Europa fundamental andere.

Als der Historiker Eric Hobsbawm die Formel vom «langen 19. Jahrhundert» prägte, hat er dessen Beginn auf das Jahr 1789 und das Ende auf das Jahr 1914 datiert, also eine historische Einheit vom Beginn der Französischen Revolution bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs behauptet. Hobsbawms Epochenzäsuren sind vom Feuilleton wie von der Wissenschaft bereitwillig übernommen worden.¹³ Warum eigentlich? Hätte es nicht nähergelegen, das Ende dieser mit einer bürgerlichen Revolution begonnenen Epoche auf 1917 zu datieren, als eine sozialistische Revolution erfolgreich war? Oder wenn man die Kriegsgeschichte zum Maßstab der Epochenbrüche machen wollte: Wäre dann nicht 1815 mit dem Wiener Kongress und der dort geschaffenen Friedensordnung Europas das angemessenere Datum für den Beginn einer Epoche gewesen, die 1914 mit der Zerstörung dieser Ordnung endete?

Zur Schaffung historischer Epochen gehört nicht nur die Sinnfälligkeit von Zäsuren, sondern auch die Plausibilität von Ligaturen, die Beschreibung von Zusammenhängen, die über Unterbrechungen hinweggreifen und Ereignisse, die manchem als Zäsur erscheinen mögen, in die Kontinuität einer Epoche bringen. Derlei Ligaturen lassen sich sozialgeschichtlich, kulturgeschichtlich, mentalitätsgeschichtlich, aber auch politikgeschichtlich herstellen. Letzteres ist sicherlich am anspruchsvollsten und kompliziertesten, weil hier nach der Kontinuität und Dauer von Strukturen und Ordnungsmustern Ausschau gehalten werden muss, die in ständigem Wandel begriffen sind. Die Politikgeschichte ist das genuine Feld der Veränderung. Wer in ihr nach Zäsuren sucht, wird schnell fündig; wem es um Ligaturen geht, der muss sehr genau hinschauen.

Die Festlegung von Zäsuren und die Behauptung von Ligaturen der Geschichte sind nicht zuletzt darum so heikel, weil sich in ihnen immer auch unser politisches Selbstverständnis mitsamt den darin eingelassenen Zukunftserwartungen niederschlägt. Wir ordnen die Geschichte nicht nur nach ihrem tatsächlichen Verlauf, sondern auch gemäß den uns je beschäftigenden Erwartungen und Befürchtungen. Die von uns in die Geschichte eingebrachten Interpunktionen sind nie bloß das Ergebnis objektivierender Beobachtung, sondern reflektieren immer auch unsere Enttäuschungen oder die aufrechterhaltene Hoffnung, dass sich die Dinge doch noch in unserem Sinne entwickeln könnten. Die zahllosen deutschen Intellektuellen, die den Kriegsausbruch von 1914, kaum dass er erfolgt war, als eine welthistorische Zäsur feierten, von dem Romancier und Essayisten Thomas Mann über den Philosophen Max Scheler bis zu dem Soziologen Georg Simmel,¹⁴ taten dies nicht zuletzt deswegen, weil sie hofften, in der neuen Zeit würden die negativen Erscheinungen der zurückliegenden Jahrzehnte verschwinden: der vorherrschende Materialismus, die Dominanz des Geldes, das sich von einem Mittel zum Zweck des Lebens gewandelt hatte, und nicht zuletzt die sich immer stärker bemerkbar machende Erosion der sozialen Gemeinschaften. Die Intellektuellen sollten sich gründlich täuschen: Der Krieg hat all das, was sie zum Verschwinden gebracht wissen wollten, nur noch verstärkt – jedenfalls wenn man die Entwicklung über einen längeren Zeitraum betrachtet. Sie haben ihre politischen und kulturellen

Hoffnungen auf den Kriegsausbruch projiziert und damit dem Krieg einen Sinn zugeschrieben, eine Sinnstiftung vorgenommen, die ihn rechtfertigte und «heiligte».

Im Unterschied dazu haben die französischen und englischen Intellektuellen das Jahr 1914 weniger als einen Bruch denn als Kontinuität der Geschichte dargestellt. Der Lebensphilosoph Henri Bergson hat in einem Vortrag in der *Académie française* gleich nach Kriegsausbruch diese Argumentationsrichtung vorgegeben: Es gehe in diesem Krieg darum, die Zivilisation gegen die Barbarei zu verteidigen.¹⁵ Bergson stellte den Krieg damit in eine lange Kontinuitätslinie der Geschichte, die mit der Verteidigung des Römischen Reichs gegen die germanischen Völkerschaften ihren Anfang genommen habe. 1914 war für ihn keine Zäsur, sondern ein weiteres Kapitel im endlosen Kampf um die Selbstbehauptung der lateinischen Zivilisation gegen die aus dem Osten, den Steppen Asiens oder den Wäldern Germaniens, andringenden Horden der Barbaren. Man kann Thomas Manns vieldiskutierte Kontrastierung der «Tiefe» deutscher Kultur mit der «Oberflächlichkeit» französischer Zivilisation nicht verstehen, wenn man sie nicht als Reaktion auf Bergsons Deutung des Krieges im Sinne einer Verteidigung der Zivilisation gegen die Barbarei begreift. Bergson hatte eine Sinnstiftung vorgegeben: die Verteidigung der lateinischen Zivilisation gegen die periodisch aus dem Nordosten andrängenden Barbaren; Thomas Mann setzte eine konträre Sinnstiftung dagegen: die Verteidigung der deutschen Kultur gegen die französische Zivilisation. Der Krieg der Waffen wurde von Anfang an begleitet von einem Krieg der Worte.

Die Briten bezeichneten die Deutschen, ganz ähnlich wie Bergson, als «Hunnen», die man abwehren und zurückwerfen müsse. Zu dieser Benennung hatte freilich Kaiser Wilhelm II. das Seine beigetragen, als er im Jahre 1900 bei der Verabschiedung der zur Niederschlagung des chinesischen Boxeraufstands entsandten Marineinfanterie in Bremerhaven erklärte, die deutschen Soldaten sollten sich in China Respekt verschaffen wie weiland die Hunnen unter ihrem König Etzel.¹⁶ Es war das unbedachte Gerede des Kaisers, das die Deutschen in der britischen Wahrnehmung zu Hunnen gemacht hatte. Zu dieser «Hunnifizierung» der Deutschen gehörte im Übrigen, dass es einem römisch geführten Ab-

wehrbündnis Mitte des 5. Jahrhunderts auf den Katalaunischen Feldern gelungen war, den hunnischen Vorstoß zu stoppen und zurückzuschlagen. Auch das eine Kontinuitätslinie, die als sinnstiftend herausgestellt wurde.

Man kann die Zuschreibung des Barbarischen auf den Einmarsch der Deutschen in das neutrale Belgien zurückführen und auf die Übergriffe deutschen Militärs auf die belgische Zivilbevölkerung, wofür später dann die Formel von der «Vergewaltigung Belgiens» stand;¹⁷ man kann aber auch vermuten, dass die westlichen Intellektuellen das Barbarische der Deutschen vor allem deswegen betonten, weil ihre eigenen Länder, Frankreich und Großbritannien, mit dem zarischen Russland verbündet waren, das in der Vorstellungswelt der Westeuropäer eigentlich der klassische Ort des Barbarischen war. Zwei Jahrzehnte zuvor wäre ein solches Bündnis noch undenkbar gewesen, als die liberalen, demokratischen und revolutionären Traditionen des Westens als politische wie kulturelle Antithese zu den repressiv-autoritären Strukturen Ost- und Mitteleuropas galten – verkörpert vom russischen Zarentum. Durch die Bezeichnung der Deutschen als Barbaren oder Hunnen wurde eine Kontinuität im Kampf für die Zivilisation imaginiert, die einen tiefen bündnispolitischen Bruch verbergen sollte. Zugleich wurde damit überdeckt, dass in der Bündnispolitik Frankreichs und Großbritanniens die Geopolitik ein größeres Gewicht bekommen hatte als wertepolitische Bindungen oder ideologische Nähe. Entscheidend war die Chance, den ungeliebten Konkurrenten Deutschland in die Zange zu nehmen.

Von den konkurrierenden Selbstdeutungen der europäischen Intellektuellen einmal abgesehen – in welcher Hinsicht war das Jahr 1914 denn wirklich eine weltgeschichtliche Zäsur? Immerhin hatte eine Reihe kluger Beobachter schon lange vor Kriegsausbruch gemutmaßt, dass ein großer Krieg nicht nur die politischen Verhältnisse umstürzen, sondern auch die gesellschaftliche Ordnung und das kulturelle Selbstverständnis der Europäer von Grund auf verändern werde. Kleinere Kriege, lokal und zeitlich begrenzt, wie im Fall der italienischen und der deutschen Einigungskriege, konnte Europa wohl verkraften, aber nicht einen großen Krieg, der den gesamten Kontinent erfasste und sich über viele Jahre

hinzog. Vor einem solchen Krieg hatten nicht nur Friedrich Engels und August Bebel auf Seiten der Sozialisten gewarnt, sondern auch der polnische Bankier Johann Bloch und der englische Journalist Ralph Norman Angell aus einer ökonomisch-liberalen Perspektive sowie Helmuth von Moltke d. Ä., der legendäre Sieger von Königgrätz und Sedan, die überragende Autorität in den militärischen Kreisen Europas.¹⁸ Dementsprechend hatten sich die Generalstäbe beider Seiten darum bemüht, ihre Pläne auf einen kurzen Krieg mit schnellen Entscheidungsschlachten auszurichten. Als im Herbst 1914 diese Pläne gescheitert waren, der Waffenstillstand ausblieb und die Industrieproduktion auf langfristige Kriegserfordernisse umgestellt werden musste, war den klügeren unter den Akteuren und Beobachtern klar, dass sich Europa im Innern wie auch in seiner weltpolitischen Rolle grundstürzend wandeln würde. Intuitiv lagen die deutschen Intellektuellen mit der Annahme einer Zäsur also richtiger als die englischen und französischen Autoren, die eher von einer Kontinuität der geschichtlichen Verläufe ausgegangen waren.

In Kriegen werden keine wirtschaftlichen Werte geschaffen, sondern exzessiv verbraucht – in der Hoffnung auf einen politischen Mehrwert, den man bei Kriegsende einkassieren will. Mit der Industrialisierung des Krieges ist dieser forcierte Ressourcenverbrauch noch einmal gesteigert worden, das heißt, dass immer mehr öffentliches und privates Vermögen durch den Krieg aufgezehrt wurde. Das Jahr 1914 und die ihm folgenden vier Kriegsjahre wurden zur politischen Tragödie des europäischen Bürgertums, das den Krieg als Chance zur Erlangung politischer Hegemonie gesehen und sich bei dem Versuch, diese Chance wahrzunehmen, wirtschaftlich und sozial ruiniert hat.¹⁹ Vor allem aber hat dieses Bürgertum im Verlauf des Krieges seinen politischen Kompass verloren: Statt die gesellschaftliche und politische Mitte zu besetzen, hat es sich politisch nach rechts bewegt. Damit kam eine Polarisierung in Gang, der in vielen europäischen Ländern in den zwanziger und dreißiger Jahren nicht nur die Demokratie, sondern auch der Rechtsstaat zum Opfer fielen. Erst etliche Jahrzehnte später ist es den Europäern gelungen, wieder die politischen Optionen zu eröffnen, die 1914 verlorengegangen sind.

Die Zäsur von 1914 war, so, wie sie hier thematisiert wurde, das Ergebnis politischer Entscheidungen, bei deren Zustandekommen fast immer der Zufall seine Hand im Spiel hatte. Alles hätte, wenn das eine oder andere Ereignis nicht stattgefunden hätte oder die politisch Verantwortlichen es anders bewertet hätten, auch ganz anders kommen können. Darf man einer Ereigniskette, bei der der Zufall eine solche Rolle gespielt hat, tatsächlich den Charakter einer weltgeschichtlichen Zäsur zusprechen? Die Frage ist zu bejahen. Zäsuren in der Zeit werden von den Akteuren meist nicht erstrebt, sie sind das nichtintendierte Ergebnis des Zusammenwirkens vieler Faktoren.

1914 endet auch eine Ära des Fortschrittsoptimismus, die unter anderem darin ihren Ausdruck gefunden hatte, dass sie den Krieg als eine immer bedeutungsloser werdende Form von Konfliktregelung und Ressourcenverteilung ansah. Die militärische Gewalt, so die vorherrschende Erwartung, würde immer mehr durch industrielle Arbeit abgelöst. Man vertraute auf ein allmähliches Verschwinden des Krieges aus der Geschichte oder doch zumindest darauf, dass er an die Ränder der «zivilisierten Welt» abgedrängt würde, weil die Industriegesellschaften Europas inzwischen viel zu verwundbar geworden waren, um noch große Kriege wie die zwischen 1618 und 1648 oder zwischen 1792 und 1815 zu führen. Obendrein war spätestens mit der industriellen Revolution klar, dass Arbeit sehr viel mehr Werte schuf, als im Krieg zu erbeuten war. Dieser Fortschrittsoptimismus ist 1914 folgenreich zerstört worden; Gewalt wurde nun wieder als politische Potenz angesehen. Es hat ein knappes Jahrhundert gedauert, bis die Europäer wieder an dem Punkt angekommen sind, an dem sie sich vor 1914 schon einmal befunden haben. Insofern kann man das Epochenjahr 1914, zumindest für einige Bereiche, als eine Zäsur, freilich eine mit Revisionsoption, bezeichnen.

[...]

Endnoten

- 1 Zu einigen dieser Stellvertreterkriege im Kalten Krieg vgl. Bernd Greiner u. a. (Hgg.), *Heiße Kriege im Kalten Krieg*; speziell zum Afghankrieg der Sowjets S. 291 – 314.
- 2 Vgl. dazu auch Herfried Münkler, *Der Wandel des Krieges*, S. 320 – 354; eine sozialwissenschaftliche Erklärung dafür bietet Barbara Kuchler in ihrer durch die Systemtheorie Niklas Luhmanns angeleiteten Studie über den Ort des Krieges in den unterschiedlichen Typen der Gesellschaft, indem sie zeigt, dass in stratifizierten Gesellschaften die Orientierung an heroischen Dispositionen zu den Organisationsprinzipien der Gesellschaft gehört, während in funktional differenzierten Gesellschaften Kriegführung einer instrumentellen Rationalität unterworfen ist, in der das Heroische zur Ideologie, wenn nicht zur Selbsttäuschung wird; vgl. Kuchler, *Kriege*, S. 182 ff. und 189 ff.
- 3 Zur Theorie der Neuen Kriege vgl. Mary Kaldor, *Neue und alte Kriege*, sowie Herfried Münkler, *Die neuen Kriege*; zur Debatte darüber vgl. das Kapitel «Was ist eigentlich neu an den Neuen Kriegen?» in diesem Band, S. 208 – 228.
- 4 Bernd Hüppauf, *Was ist Krieg?*, S. 385 ff.
- 5 Dazu Julija Bogoeva/Caroline Fetscher (Hgg.), *Srebrenica*, wo Zeugenaussagen aus den Verfahren in Den Haag gesammelt sind.
- 6 So auch Ian Morris, *Krieg*, S. 82 – 139.
- 7 Morris Janowitz, *The Professional Soldier*, S. 419 ff.
- 8 Martin van Creveld, *Die Zukunft des Krieges*, S. 42 ff.
- 9 Dazu Jacques Derrida, *Schurken*, S. 15 ff.
- 10 Zur Grausamkeit als Wesensmerkmal des Krieges finden sich bei Hüppauf (*Was ist Krieg?*, S. 424 ff.) einige wichtige Passagen, in denen freilich nicht zwischen Staatenkrieg und Bürgerkrieg unterschieden wird. Der Bürgerkrieg übertrifft den Staatenkrieg hinsichtlich der Grausamkeit. Staatenkriege können reguliert werden; Bürgerkriege grundsätzlich nicht.
- 11 Vgl. Peter Krüger, «Der Erste Weltkrieg als Epochenschwelle», S. 76 ff.

- 12 Zur Charakterisierung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Ära der Avantgarden vgl. Klaus von Beyme, *Das Zeitalter der Avantgarden*.
- 13 Eric Hobsbawm hat den Begriff geprägt, nachdem er seine Darstellung des 19. Jahrhunderts geschrieben hat; vgl. Franz J. Bauer, *Das «lange» 19. Jahrhundert*; tatsächlich hatte sich das «lange» 19. Jahrhundert komplementär aus Hobsbawms Begriff vom «kurzen» 20. Jahrhundert ergeben, das nur von 1914 bis 1991, dem Ende der Sowjetunion, gedauert habe.
- 14 Dazu eingehend Herfried Münkler, *Der Große Krieg*, S. 229–288.
- 15 Henri Bergson, *La Signification de la Guerre*, S. 19 ff.
- 16 Dazu Bernd Söseemann, «Die sog. Hunnenrede Wilhelms II.», S. 342 ff.
- 17 Dazu ausführlich John Horne/Alan Kramer, *Deutsche Kriegsgreuel 1914*, S. 17–136.
- 18 Vgl. Münkler, *Der Große Krieg*, S. 60 ff.
- 19 Zur Interpretation des Ersten Weltkriegs als «Krieg der Mittelschichten» vgl. Modris Eksteins, *Tanz über Gräben*, S. 270 ff., sowie das Kapitel «Der Erste Weltkrieg und das Ende der bürgerlichen Welt», unten S. 84–111.